



Sachstand

Parteien im Kaiserreich 1871-1918

Die politischen Parteien der Kaiserzeit fanden in der Verfassung keine Erwähnung, sondern agierten auf Basis des **Vereinsrechts**. Vor 1908 galten sogar nur die Vereinsgesetze der einzelnen Bundesstaaten, erst ab 1908 existierte dann ein reichseinheitliches Vereinsrecht, das auch eine Liberalisierung des Vereins- und Versammlungsrechtes mit sich brachte. Damit fielen erst die bisherigen Einschränkungen weg, so z. B. das bis dahin geltende grundsätzliche Verbot der Mitgliedschaft für Frauen und die vorgeschriebene polizeiliche Genehmigung für öffentliche politische Versammlungen in geschlossenen Räumen.

Im Kaiserreich herrschte der Typ der **Honoratiorenpartei** vor. Das heißt, dass die entscheidenden parteipolitischen Funktionen und Ämter von Persönlichkeiten wahrgenommen wurden, die als Repräsentanten bestimmter gesellschaftlicher Gruppen Ansehen oder Anerkennung genossen oder herausgehobene Funktionen wahrnahmen. Parteiorganisationen waren noch wenig ausgebildet und nur auf Wahlkreisebene vorhanden. Seit 1871 waren Führung- und Organisationsstruktur der Parteien zunehmend Veränderungen unterworfen. Die Zentrums- und die sozialdemokratische Partei entwickelten sich während des Kaiserreiches zu den ersten modernen **Massenparteien** in Deutschland.

Das Parteiensystem des Kaiserreichs war im Wesentlichen von den **fünf parteipolitischen Richtungen** National- und Linksliberale, Konservative, Zentrum und Sozialdemokratie geprägt; einzelne Splitterparteien erlangten keinen wirklich bestimmenden Einfluss. Jedes der fünf großen politischen Lager war eng an bestimmte gesellschaftliche Gruppen und „sozial-moralische Milieus“ (R. M. Lepsius) gebunden. Volksparteien, die unterschiedliche Milieus an sich zu binden in der Lage sind, konnten sich in der Zeit des Kaiserreichs nur ansatzweise herausbilden.

Die in den ersten Jahren bestimmende politische Richtung war der politische **Liberalismus**, dessen Wählerschaft sich vor allem aus dem politisch erstarkten Bürgertum rekrutierte. Er war allerdings durch die organisatorische Aufsplitterung in linksliberale und nationalliberale Parteien und Vereinigungen geschwächt. Trotz gemeinsamer liberaler Grundüberzeugungen (Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit, Wahrung individueller Freiheitsrechte) gab es zwischen den beiden Richtungen in konkreten politischen Fragen große Meinungsunterschiede. Die Linksliberalen strebten eine weitergehende Parlamentarisierung des politischen Systems an, ohne die konstitutionelle Monarchie in Frage zu stellen. Sie setzten sich auch für eine aktive staatliche Sozialpolitik ein. Im **Linksliberalismus** kam es zu mehreren Parteispaltungen und -fusionen (u. a. **Deutsche Fortschrittspartei**, **Deutsche Freisinnige Partei**, **Freisinnige Volkspartei**). Bedeutende Vertreter dieser Richtung waren **Eugen Richter** (1838-1906) und **Friedrich Naumann** (1860-1919). Die **Nationalliberalen** traten zwar ebenfalls für eine politische Stärkung des Reichstags ein, stimmten aber in vielen Bereichen mit der Politik Bismarcks und seiner Nachfolger überein. So begrüßten sie im Gegensatz zu den Linksliberalen den in der Nach-Bismarckära veränderten, demonstrativ auf eine

deutsche Vormachtstellung ausgerichteten außenpolitischen Kurs, wie er z.B. in der Rüstungs- und Flottenpolitik sichtbar wurde. Prägende Gestalten der ebenfalls von anhaltenden Flügelkämpfen belasteten **Nationalliberalen Partei** waren **Rudolf von Bennigsen** (1824-1902) und **Ernst Bassermann** (1854-1917).

Deutschkonservative Partei und **Deutsche Reichspartei** als Vertreter des **Konservatismus** standen Bismarck und seinem Kurs nahe, kritisierten aber jegliches Zugeständnis Bismarcks an die Liberalen. Adlige und Großgrundbesitzer aus den Ostprovinzen Preußens waren in diesen Parteien besonders stark vertreten und setzten sich vor allem für ihre sozialen Privilegien und agrarischen Wirtschaftsinteressen ein. Einer der führenden Konservativen war **Otto von Manteuffel** (1805-1882). Im konservativen Spektrum gab es auch Splitterparteien mit antisemitischem Gedankengut.

Die **Zentrumspartei**, als Vertreterin des politischen Katholizismus, näherte sich dem Typus der Volkspartei an, da das ihre Mitglieder einende Element des katholischen Glaubens Angehörige unterschiedlicher sozialer Gruppen und Klassen verband. Allerdings konnte das gemeinsame katholische Bekenntnis nicht die Bildung unterschiedlicher Flügel verhindern: Ein eher „konservativer“ Teil strebte eine Kooperation mit den konservativen Kräften des Kaiserreichs an, während der stärker „links“ ausgerichtete Arbeiterflügel auf eine aktive staatliche und arbeiterfreundliche Sozialpolitik drängte. In den 1870er-Jahren profitierte das Zentrum entschieden von der Solidarisierung der katholischen Bevölkerung mit der staatlich bedrängten Kirche, deren Würdenträger und gesellschaftlichen Einfluss die Reichsregierung im so genannten „**Kulturkampf**“ erbittert bekämpfte; mehr als 1800 Geistliche wurden in dieser Zeit inhaftiert, Orden und Kongregationen verboten und ein beachtlicher Teil des Kirchenbesitzes beschlagnahmt. Herausragende Leitfigur des Zentrums in den ersten zwei Jahrzehnten des Kaiserreichs war **Ludwig Windthorst** (1812-1891), der zu Bismarcks entschiedensten Gegner im Reichstag aufstieg.

1875 vereinigten sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (1863 von **Ferdinand Lassalle** (1825-1864) gegründet) und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (1869 von **August Bebel** (1840-1913) und **Wilhelm Liebknecht** (1826-1900) gegründet) in Gotha zur **Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands** (SAP), die 1891 in **Sozialdemokratische Partei Deutschlands** (SPD) umbenannt wurde. Die Sozialdemokratie, in erster Linie getragen und gewählt von der rasch wachsenden Industriearbeiterschaft, blieb lange der marxistischen Theorie verhaftet, was im Laufe der Jahre zu intensiven innerparteilichen Auseinandersetzungen und u.a. schließlich auch zur Spaltung der Partei führte. Die Sozialdemokratie setzte sich vehement für die Durchsetzung demokratischer Gleichheits- und Teilhaberechte ein und befand sich in fundamentaler Opposition zum politischen System des Kaiserreiches und seinen Führungsschichten. Trotz der zwölfjährigen Verfolgungszeit unter dem **Sozialistengesetz** (1878-1890), in der Mitglieder und Anhänger der Partei u. a. mit Organisations- und Versammlungsverboten, Zensur, Ausweisungen und Inhaftierungen politisch unterdrückt wurden, konnte sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands konsolidieren und ihren politischen Einfluss stetig ausdehnen. Übertreffende integrative Führungspersönlichkeit der Sozialdemokratie in dieser Zeit war der langjährige Parteivorsitzende **August Bebel**.

Literaturhinweise:

Berghahn, Volker: Das Kaiserreich 1871-1914. Stuttgart 2003.

Halder, Winfried: Innenpolitik im Kaiserreich 1871-1914. Darmstadt 2011.

Nonn, Christoph: Das deutsche Kaiserreich. Von der Gründung bis zum Untergang. München 2017.

Ritter, Gerhard A.: Die deutschen Parteien 1830-1914. Göttingen 1985.